



Patrick Horst, Philipp Adorf, Frank Decker (Hg.)

DIE USA - EINE SCHEITERNDE DEMOKRATIE?



campus

Zerreißprobe für die Demokratie

Philipp Adorf, Dr. phil., und *Patrick Horst*, Dr. phil., sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

Philipp Adorf, Patrick Horst

Zerreißprobe für die Demokratie

Die Wahlen und der Regierungswechsel
in den USA 2020/21

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-51427-7 Print
ISBN 978-3-593-44801-5 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2021 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Anhänger von Donald Trump erstürmen am 6. Januar 2021 das Kapitol in Washington, D.C. © shutterstock.com (Bildnummer: 1889190778)

Gesetzt aus der Garamond

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Einleitung.....	9
Die erste gescheiterte Amtsenthebung – eine Farce	15
Die Vorgeschichte.....	16
Der Mueller-Report über die russische Wahleinmischung	17
Die Ukraine-Affäre und das Impeachment	23
Der historische Maßstab: Die Watergate-Affäre	26
Nach dem Impeachment ist vor der Wahl.....	29
Weit offene Vorwahlen – außer Kontrolle	33
Die offenen Vorwahlen der Demokraten	35
Das Bewerberfeld und die Fernsehdebatten	36
Die vier frühen Vorwahlen, Super Tuesday und Wisconsin.....	43
Wünschenswerte Reformen	49
Donald Trumps Vorwahldominanz.....	53
Die nationalen Parteikonvente – unverzichtbare Verkaufsmessen.....	61
Der Konvent der Demokraten	64
Der Konvent der Republikaner	70
Keine Vizepräsidentin für die Republikaner.....	80
Die Wahl von Kamala Harris.....	81
Die Zukunft der Parteikonvente	87

Powerplay am Obersten Gericht – konservativer Durchmarsch	91
Donald Trumps Vermächtnis bei den Richterernennungen	94
Die gefährdete Legitimität des Gerichts.....	99
Von RBG zu ACB – Zeitenwende am Supreme Court	101
Die Zukunft des Gerichts im polarisierten System	104
Ein Sommer der Proteste – Black Lives Matter und weiße Identität.....	109
Rasse als zentrale ideologische Konfliktlinie	110
Die TV-Debatten und die Proud Boys.....	114
Rasse und die Zukunft der amerikanischen Demokratie	119
Kampf um den Zensus	122
Wählen in der Pandemie – Spiel mit der Gesundheit	127
Von der Wahlreform 2002 zu den Wählerausweisgesetzen.....	129
Die Briefwahl – ein ideologisches Schlachtfeld	135
Ein von langer Hand geplanter Wahldiebstahl	137
Kämpfe um Einwurfkästen und die Post	144
Die Kongresswahlen – nationale Nebenwahlen	151
Nationale Effekte und Amtsbonus	152
Die progressive Versuchung	156
Paranoiker auf dem Vormarsch	159
Die Wahlen zum Senat.....	165
Repräsentationsdefizite im Kongress	168
Die Präsidentschaftswahl – auf des Messers Schneide	179
Referendum gegen Trump.....	180
Soziologische, ökonomische und geographische Konfliktlinien.....	186

Der Weg zum »Selbstcoup« Donald Trumps.....	195
Der Sturm auf das Kapitol – Ein Coup mit Ansage	203
Das Verfassungsgerüst wankt – und hält.....	207
Ausblick – von Trump zu Biden	211
Neue Kämpfe um das Wahlrecht.....	214
Dysfunktionen und Blockaden im System.....	217
Donald Trump – ein schwacher Präsident	223
Die Republikanische Gefahr	230
Sklaverei und Apartheid – Erinnern als Identitätspolitik	239
Joe Biden – Transformation im Gewande der Moderation.....	242
Tabellen und Abbildungen	247
Literatur.....	251
Register.....	257

Einleitung

»Nothing really matters« – dieser Eindruck könnte beim Vergleich der Wahlumfragen mit dem Präsidentschaftswahlergebnis des Jahres 2020 entstehen. Zwei Wochen nach Jahresbeginn und kurz vor den ersten Demokratischen Vorwahlwettbewerben genoss Joe Biden in den Umfragen einen Vorsprung von viereinhalb Prozentpunkten auf Donald Trump.¹ Nach über 230.000 Corona-Todesfällen bis Anfang November, einem historischen Einbruch der Wirtschaft und unaufhörlichen Drohungen des Präsidenten, das Wahlergebnis im Falle einer Niederlage nicht anzuerkennen, gewann Joe Biden die Wahl mit just diesem Vorsprung. Es schien, als ob die historischen Ereignisse und der Wahlkampf nur geringen Einfluss auf die parteipolitischen Präferenzen der Wählerschaft ausübten. Zu verhärtet waren die politischen Fronten des Landes, als dass größere Teile der Bevölkerung einen Wechsel zum politischen Gegner ernsthaft in Erwägung gezogen hätten.

Die Aversionen gegenüber dem anderen Lager erklären auch, warum die beiden als eher schwach wahrgenommenen Kandidaten dennoch eine Rekordzahl an Stimmen erhalten konnten – über 74 Millionen für Trump und mehr als 81 Millionen für Biden. Mag der eigene Kandidat als unzulänglich gesehen worden sein, so überzog am Ende doch der verzweifelte Wunsch, den Gegner unbedingt von den Schalthebeln der Macht fernzuhalten. In gewisser Weise reihte sich die Präsidentschaftswahl 2020 damit in eine lange Reihe enttäuschender Wahlen ein. Schon am Ende des 19. Jahrhunderts hatte Lord Bryce darüber sinniert, warum in diesem großartigen Land nicht auch »große Männer« zu Präsidenten gewählt würden.² Knapp ein Jahrhundert später stellte sich ein anderer Brite, Anthony King, anlässlich der Präsidentschaftswahl 1980 dieselbe Frage: »Wie um alles in der Welt hatte es ein großartiges Land wie die Vereinigten Staaten, voller talentierter Männer und Frauen, geschafft, auf zwei solchen zweit- (oder gar dritt-)klassigen Präsidentschaftskandidaten wie Jimmy Carter und Ronald Reagan zu landen.«³

1 *RealClearPolitics*, »General Election Polls: Trump v. Biden«.

2 Bryce 1995: 69–75.

3 Zit bei. McKay 2020: 107.

Im vergangenen Jahr stellten die Parteien das amerikanische Volk ein weiteres Mal vor die Wahl zwischen zwei Akteuren, die in großen Teilen der Bevölkerung alles andere als Enthusiasmus hervorriefen – vier Jahre nachdem Hillary Clinton und Donald Trump die höchsten Ablehnungsraten erzielt hatten, die je von Meinungsforschern in den USA gemessen wurden.

Bei aller Unzufriedenheit mit dem ihnen vorgelegten Personalangebot an der Spitze beider Parteien zeigten die Amerikaner in der Präsidentschaftswahl 2020 dennoch ein ungewöhnlich hohes Engagement. Im August äußerten 83 Prozent die Meinung, dass es diesmal »wirklich darauf ankommt, wer die Präsidentschaftswahl gewinnt.« Zwei Jahrzehnte zuvor in der Präsidentschaftswahl 2000 war nur die Hälfte der Wähler dieser Ansicht gewesen, während die andere Hälfte meinte, dass der politische Kurs im Wesentlichen gleichbleibe, egal wer sich im Wettbewerb um das Weiße Haus durchsetzen würde. Dieser Auffassung war 2020 nur eine verschwindend geringe Minderheit der wahlberechtigten Bevölkerung (16 Prozent).⁴ Die Amerikaner waren sich bewusst, dass sich ihre Demokratie in einer Zerreißprobe befand. Entsprechend besorgt oder gar verängstigt waren sie.

Diese Besorgnis spiegelte sich auch darin wider, dass für sieben von zehn Amerikanern diese Wahl die wichtigste ihres Lebens war. Bei älteren Wählern über 55 Jahren, die über einen größeren politischen Erfahrungsschatz verfügten, waren es sogar acht von zehn.⁵ In das Bild einer hohen Verunsicherung der amerikanischen Wählerschaft passt, dass sich trotz der Pandemie Rekordscharen von Wählern an der Vorwahl der Demokraten im Frühjahr und der Präsidentschaftswahl im November beteiligten. Mit über 158 Millionen Amerikanern gingen zwei Drittel der Wahlberechtigten zur Wahl – so viele wie noch nie in der Geschichte der USA des 20. und 21. Jahrhunderts.⁶

Wie berechtigt die Besorgnis der Amerikaner um ihre Demokratie war und ist, zeigte sich in den Wochen und Monaten nach der Wahl, als Präsident Trump seine Drohungen wahr machte und sich weigerte, das Wahlergebnis anzuerkennen. In unverantwortlicher Weise und – wie von ihm gewohnt – bar jeder Faktengrundlage wiederholte er seine unhaltbaren Vorwürfe massiven Wahlbetrugs, die von jedem einzel- oder bundesstaatlichen Gericht, vor das er zog, zurückgewiesen wurden. Das hielt ihn jedoch nicht

4 *Pew Research Center*, »Election 2020: Voters Are Highly Engaged, but Nearly Half Expect To Have Difficulties Voting«, 13. August 2020.

5 Jamie Ballard, »Seven in ten Americans say the 2020 election is the most important of their lifetime«, *YouGov* vom 1. Oktober 2020.

6 Michael McDonald, »2020 November General Election Turnout Rates«, *United States Election Project* vom 7. Dezember 2020.

ab, diese Behauptungen weiter öffentlich zu äußern und Druck auf die Wahlverantwortlichen in sechs neuralgischen Einzelstaaten (Arizona, Georgia, Michigan, Nevada, Pennsylvania, Wisconsin) auszuüben, die Wahlergebnisse nicht zu zertifizieren oder zu seinen Gunsten zu manipulieren. Zum Glück für die amerikanische Demokratie war das demokratische Ethos der verantwortlichen Politiker in den Einzelstaaten, oftmals Republikaner, stärker ausgeprägt als dasjenige des US-Präsidenten und auch zahlreicher Republikanischer Mitglieder im Kongress, die ihrem Präsidenten in blinder Loyalität folgten.

Nachdem Trump seine treuen Anhänger zur Protestkundgebung in Washington am 6. Januar 2021 aufgerufen und zum Marsch in Richtung Kongress ermuntert hatte, kam es zu jenem berüchtigten Sturm auf das Kapitol, dem fünf Menschen zum Opfer fielen und der für immer ein Gedenktag der nationalen Schmach bleiben wird. Die für diesen Tag angesetzte Zertifizierung des Wahlergebnisses im Kongress musste unterbrochen und konnte erst am nächsten Tag fortgesetzt werden. Auch nach dem gewalttätigen Sturm des Mobs auf die Kathedrale der US-Demokratie, der ihre Kollegen zeitweilig in Angst um Leib und Leben versetzt hatte, stimmte die Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus gegen die Anerkennung des Wahlsieges von Demokrat Joe Biden in Arizona und Pennsylvania. Insgesamt acht Republikanische Senatoren, allen voran Josh Hawley aus Missouri und Ted Cruz aus Texas, verweigerten dem Wahlergebnis in mindestens einem der beiden Staaten ihre Anerkennung, sechs in beiden Staaten.⁷

Auch wenn Biden zwei Wochen später bei erhöhter Wachsamkeit der Sicherheitskräfte ohne größere Vorfälle in sein Amt eingeführt und der Machtwechsel vollzogen werden konnte, bleibt doch das historische Faktum bestehen, dass dieser Machtwechsel eben nicht ganz friedlich vonstattenging. Mit Ausnahme von 1860, als die Wahl Abraham Lincolns in den Bürgerkrieg führte, und 1876, als die Republikaner den Wahlsieg Samuel Tildens anfochten, eine Wahlüberprüfungskommission einsetzten und das Ergebnis zugunsten ihres Kandidaten Rutherford B. Hayes drehten, führte bisher keine andere Wahl in der US-amerikanischen Geschichte zu gewaltsamen Protesten gegen die souveräne Entscheidung des Volkes – weder die Wahl von 1960, die John F. Kennedy nur mit etwas mehr als 117.000 Stimmen und der tatkräftigen Unterstützung der Chicagoer Mafia gewann, noch diejenige im Jahre 2000. Damals hatte George W. Bush eine halbe Million Stimmen weniger als sein Kontrahent Al Gore gewonnen, bekam aber aufgrund einer skandalösen Entscheidung des Supreme Court⁸ den Sieg im Electoral College zugesprochen. Ein zweifelhafter Vorsprung von 537 Stimmen auf

⁷ Snyder 2021.

⁸ Tröbe 2001.

Gore im Bundesstaat Florida bescherte Bush den Sieg, der von den Demokraten zwar mit großer Enttäuschung entgegengenommen, aber akzeptiert wurde.

Noch eine Woche nach der Wahl im November 2020 war eine Mehrheit der Republikaner bereit, den Wahlsieg von Biden anzuerkennen.⁹ Es ist der unaufhörlichen Agitation des abgewählten Präsidenten gegen die Rechtmäßigkeit der Wahl zu verdanken, dass diese Mehrheit innerhalb der Republikanischen Partei in den ersten zweieinhalb Monaten nach der Wahl dahinschmolz und Ende Januar 2021 über 70 Prozent der Republikaner den Wahlsieg des inzwischen amtierenden Präsidenten Joe Biden als illegitim ansahen.¹⁰ Das bedeutet auch, dass die Zerreißprobe für die US-Demokratie nicht überstanden ist, sondern das Land noch auf lange Zeit hin beschäftigt wird. Das ist anders als 1960 oder 2000, als die unterlegene Partei ihre Wahlniederlage akzeptierte – obwohl die Republikaner 1960 und die Demokraten 2000 viel mehr Grund gehabt hätten als die Republikaner von heute, das Wahlergebnis als illegitim anzusehen. Und das ist auch anders als 2016, als die unterlegene Hillary Clinton drei Millionen Stimmen mehr als Donald Trump erzielt hatte und dieser die Wahl nur aufgrund illegaler Interventionen der Russen und von WikiLeaks in den Wahlkampf gewonnen hatte. Anders als Joe Biden war Donald Trump tatsächlich ein »illegitimer Präsident.«¹¹ Dennoch akzeptierten die Demokraten seine Wahl.

Die Illegitimität der Präsidentschaft Trumps verweist auf tieferliegende Probleme der US-Demokratie und Verfassungspraxis. Viele dieser demokratischen Praktiken und Gebräuche haben sich über mehr als zwei Jahrhunderte entwickelt, waren am Anfang vielleicht sogar einmal vorbildhaft für die Welt, entfalteten dann aber bereits im 19. und 20. Jahrhundert schwerwiegende demokratische Mängel und sind heute einer modernen Demokratie nicht mehr angemessen. Das gilt für den Modus der Präsidentschaftswahl im Electoral College, für das Mehrheitswahlsystem (Winner-Takes-It-All-Prinzip) und das mit ihm aufs Engste verknüpfte Zweiparteiensystem. In diesem Zweiparteiensystem gibt es immer eine Partei, die sich an die Macht klammert, obwohl ihr die Mehrheit verloren zu gehen droht. In ganz großen, grob vereinfacht gezeichneten Linien waren das nach dem Amerikanischen Bürgerkrieg bis zum New Deal die Republikaner, von der Präsidentschaft

9 Chris Kahn, »Nearly 80% of Americans say Biden won White House, ignoring Trump's refusal to concede«, *Reuters* vom 10. November 2020.

10 James Walker, »Most Republicans Still Dispute Joe Biden's Election Win Now He's in Office: Poll«, *Newsweek* vom 28. Januar 2021.

11 Nur weil Hillary Clinton, »Trump knows he's an illegitimate president«, *CBS* vom 29. September 2019, dies auch so sieht, ist es deshalb nicht falsch.

Franklin Delano Roosevelts bis zur Wahl Ronald Reagans die Demokraten und seither wieder die Republikaner.¹²

Bereits George W. Bush ist auf zweifelhafte Weise und als Präsident einer Minderheit ins Amt gekommen. Dies verdankte er einem Supreme Court, dessen konservative 5:4-Mehrheit seine politischen Neigungen ohne große Skrupel in ein Rechtsurteil gegossen hat. Auch die Mehrheiten der Republikaner im Kongress und in den Legislativen der Einzelstaaten verdanken sich oftmals Methoden, die zwar legal, aber deshalb nicht immer legitim sind. Im letzten Jahrzehnt haben die Republikaner ihre Machtstellung in den Einzelstaaten in einem bisher nicht gekannten Ausmaß genutzt, um die Wahlkreise so einseitig und unfair zu ziehen (»Gerrymandering«), dass ihnen auch eine Minderheit (knappe Mehrheit) bei Wahlen reicht, um die Mehrheit (übergroße Mehrheit) der Sitze im Kongress und den einzelstaatlichen Legislativen zu erzielen.¹³ Ein anderes legales, aber illegitimes Instrument der Mehrheitsicherung, das die Republikaner gerne nutzen, ist die Einschränkung und Erschwerung des Wahlrechts vorzugsweise für solche Wählergruppen, die den Demokraten zuneigen.¹⁴ Auch hierin werden sie oftmals von einem konservativen Supreme Court unterstützt.

Die Manipulierbarkeit der demokratischen und rechtsstaatlichen Verfahren durch machtbewusste Vertreter von Minderheitsinteressen macht die Situation in den USA so beunruhigend und so gefährlich für die Demokratie. Der Schlag gegen sie wird nicht von den Benachteiligten, den Unterdrückten oder den Ohnmächtigen geführt, sondern von denjenigen, die auf vielen – gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen, juristischen, kulturellen – Ebenen weiterhin an den Schalthebeln der Macht sitzen und nicht bereit sind, sie preiszugeben. Aus psychologischer Perspektive – und das hat Hillary Clinton sehr genau erkannt – ist das deshalb so gefährlich, weil Trump und all diejenigen, die sich ihm in blinder Gefolgstreue ergeben haben, wissen, dass sie sich unrechtmäßig an die Macht klammern. Auf einer tiefen Ebene ihres Unterbewusstseins handeln sie aus einem schlechten Gewissen heraus, auch wenn sie über ein solches Gewissen wie Trump vielleicht gar nicht mehr verfügen. Je tiefer sie sich ins Unrecht setzen, desto gefährlicher werden sie, weil sie keinen anderen Ausweg mehr für sich sehen, der nicht im Gefängnis endet. Für Trump gibt es solch einen Ausweg im Prinzip schon seit Jahrzehnten nicht mehr, er hat alle Brücken zur »ehrenwerten Gesellschaft« abgebrochen; die Frage ist, wie lange ihm die Republikanische Partei und die noch knappe Minderheit der Amerikaner auf diesem Weg folgen wollen.

12 Skowronek 2008.

13 Adorf 2019.

14 Horst 2018c.

Wie es zu dieser Zerreißprobe für die amerikanische Demokratie, die weit über den halbwegs friedlichen Machtwechsel hinaus anhalten wird, gekommen ist, soll in diesem Buch nachgezeichnet werden. Im Grunde müsste man dazu weiter ausholen, als es hier auf knappem Raum möglich ist, aber die Präsidentschaft Donald Trumps war von einer solch hohen Ereignis- und auch Wiederholungsdichte gekennzeichnet, dass sich die Probleme der US-amerikanischen Demokratie kurz und bündig anhand eines Wahljahres und des auf ihn folgenden Regierungswechsels darstellen lassen – zumal das Wahljahr mit dem ersten Amtsenthebungsverfahren gegen Trump im Senat begann und nach dessen fehlgeschlagenem Putsch auch wieder in einem neuerlichen Amtsenthebungsverfahren mündete. Zwei Anklagen, gegen die Verfassung verstoßen zu haben, musste noch kein US-Präsident jemals über sich ergehen lassen. Und das historische Urteil über die Präsidentschaft Trumps besteht nicht darin, dass er in beiden Verfahren freigesprochen wurde. Nein, es lautet, dass Trump beide Male von wenigstens einem Senator seiner Partei schuldig gesprochen wurde – von Mitt Romney des Machtmissbrauchs im ersten Impeachment sowie von Richard Burr, Bill Cassidy, Susan Collins, Lisa Murkowski, Mitt Romney, Ben Sasse und Pat Toomey der Aufstachelung zum Aufruhr im zweiten Tribunal.

Die beiden anderen Präsidenten in der US-Geschichte, die sich jemals einem Amtsenthebungsverfahren gegenbersahen – Andrew Johnson und Bill Clinton – wurden zwar auch freigesprochen (dafür reicht eine Minderheit von einem Drittel der Senatoren plus einem); es fand sich aber kein einziger Senator ihrer Partei, der sie für schuldig befunden hätte. Der einzige Präsident in der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, der im Hinblick auf den Missbrauch seiner Macht und die Größenordnung seiner Verstoe gegen die Verfassung in derselben Liga wie Trump spielt, ist Richard Nixon: Er ist zwar nie vom Repräsentantenhaus angeklagt und vom Senat verurteilt worden. Aber sowohl die Anklage im Repräsentantenhaus wie auch die Verurteilung im Senat mit einer ausreichenden Zahl Republikanischer Senatoren waren eine ausgemachte Sache, als Nixon im August 1974 seinen Rücktritt erklärte, um der ersten Amtsenthebung in der Geschichte der USA zuvorzukommen.¹⁵

15 Horst 2020b.

Die erste gescheiterte Amtsenthebung – eine Farce

Weil das präsidentielle Regierungssystem der USA anders als ein parlamentarisches Regierungssystem ein politisches Misstrauensvotum gegenüber dem Regierungschef nicht kennt, hat die Verfassung für den Notfall, dass ein Präsident gegen die Verfassung verstößt, die Möglichkeit der Amtsenthebung (Impeachment) vorgesehen.¹⁶ Artikel II Abschnitt 4 der Verfassung besagt, dass der Präsident und andere Staatsbedienstete ihres Amtes entoben werden können, »wenn sie wegen Hochverrats, Bestechung oder anderer politischer Verbrechen und Vergehen (high crimes and misdemeanors) unter Amtsanklage gestellt und für schuldig befunden worden sind.« Artikel I Abschnitt 2 Absatz 5 macht das Repräsentantenhaus zum alleinigen Amtsankläger, Abschnitt 3 Absatz 6 desselben Artikels den Senat zur alleinigen Jury. Allen Impeachment-Verfahren sitzt der Oberste Richter (Chief Justice) vor. Zur Verurteilung und Amtsenthebung braucht es eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Senatoren, die eigens für dieses Verfahren unter Eid genommen werden.

Gemäß der Verfassungsinterpretation der Gründerväter reicht es zur Amtsenthebung nicht aus, wenn ein Präsident einfach nur unfähig ist. Man einigte sich stattdessen auf die unbestimmte Rechtsformel »politische Verbrechen und Vergehen« (»high crimes and misdemeanors«), die Spielraum für Interpretationen lässt.¹⁷ Eine bis heute einflussreiche Interpretation hat Alexander Hamilton in Nummer 65 der *Federalist Papers* vorgelegt: »Politische Verbrechen und Vergehen« seien »Vergehen, die sich aus dem Fehlverhalten von Männern in öffentlichen Ämtern oder [...] aus dem Missbrauch oder der Verletzung öffentlichen Vertrauens ergeben.« Sie seien im Besonderen politische Vergehen, »als sie sich hauptsächlich auf Verstöße beziehen, die unmittelbar gegen die Gesellschaft gerichtet sind.«¹⁸ Daraus wird von der Mehrheit der Verfassungsrechtler bis heute abgeleitet, dass die Formel nicht

16 Dieses Kapitel stützt sich auf Horst 2020a und 2020b.

17 Farrand 1911: 550.

18 *The Avalon Project*, Federalist Papers No. 65.

nur Gesetzesverstöße umfasst, sondern auch schwerer zu greifende Verfassungsverstöße wie die Korruptionierung des Wahlprozesses und das Untergraben der Demokratie.¹⁹

Die Vorgeschichte

Donald Trump genießt die zweifelhafte Ehre, der erste US-Präsident zu sein, dessen Amtsenthebung bereits diskutiert wurde, bevor er überhaupt in das Amt gewählt worden war.²⁰ Dies hat seinen Hintergrund in der schillernden Vergangenheit Trumps als Geschäftsmann, in der er über die Jahrzehnte hinweg eigentlich ständig im Konflikt mit dem Gesetz lag. Im November 2016 sagte Historiker Allan Lichtman ein Impeachment Trumps voraus, weil dessen kriminelle Energie notorisch sei. Er verwies auf dessen Stiftung in New York, über die er eine illegale Wahlkampfspende abwickelte und die er zur Begleichung persönlicher Schulden einsetzte. Er führte ferner an, dass Trump einer Klage wegen betrügerischer Machenschaften seiner inzwischen eingestellten Trump-Universität entgegentreffe. Lichtman war sich bewusst, dass auch moralisch noch so verabscheuungswürdige, selbst illegale Geschäftspraktiken nicht zu einem Impeachment berechtigten (auch Nixon wurde nicht wegen seiner Steuerhinterziehungen angeklagt). Seine Prognose gründete er deshalb im Kern auf eine psychologische Disposition des Präsidenten: »Trumps Hang zum Lügen, zur Geringschätzung des Gesetzes und zu Interessenskonflikten sind lebenslange Gewohnheiten, die seine gesamte Präsidentschaft durchziehen werden.«²¹

Der republikanische Rechtsprofessor Steven Calabresi, Mitbegründer der konservativen Federalist Society und Mitglied der Regierungen von Reagan und Bush senior, argumentierte Tage vor Trumps Amtseinführung ganz ähnlich wie der liberale Lichtman. Dem Präsidenten drohe, so Calabresi, wegen seines Rassismus, Sexismus und seines außer Kontrolle geratenen Temperaments ein Amtsenthebungsverfahren. Calabresi bezog sich auf Trumps Behauptung, dass der US-Bezirksrichter Gonzalo Curiel, der einer Betrugsklage gegen die Trump-Universität vorsah, aufgrund seiner mexikanischen Herkunft befangen sei. Das war nicht nur rassistisch, es zeigte vor allem Trumps gefährliches Unverständnis für richterliche Unabhängigkeit.²²

19 Tribe/Matz 2018; Sunstein 2017a.

20 Horst 2020b: 90–97.

21 Lichtman 2017: xiii.

22 Bob Egelko, »Republican Says with Trump »Impeachment Needs to be on the Table«, *San Francisco Chronicle* vom 16. Januar 2017.

Im Dezember 2016 veröffentlichten Richard Painter und Norm Eisen, die Ethikberater von Bush junior beziehungsweise Obama, zusammen mit dem Harvard-Rechtsprofessor Laurence Tribe eine Studie, in der sie argumentierten, dass Trump vom ersten Tag seiner Amtszeit an gegen die »Foreign Emoluments Clause« der Verfassung (Artikel I, Abschnitt 9, Nr. 8) verstoßen würde. Sie kamen zu dem Schluss, dass es dem Präsidenten nicht erlaubt werden könne, »einen stetigen Strom von monetären und anderen Vorteilen von ausländischen Mächten und deren Agenten« zu erhalten.²³ Trump müsse sich von seinen Vermögenswerten trennen, die einen Interessenkonflikt darstellten, und sie in einen »Blind Trust« einbringen. Wenn Trump die Foreign Emoluments Clause weiter verletzen würde – was er tat, indem er die Kontrolle über die Trump-Organisation an seine Kinder übertrug – müsste er einem Impeachment unterzogen und aus dem Amt entfernt werden. Am 9. Januar 2017 brachten Senatorin Elizabeth Warren und 23 demokratische Mitbefürworter den »Presidential Conflicts of Interest Act« in den 115. Kongress ein – ein Gesetzentwurf, der den Präsidenten verpflichten würde, einen qualifizierten Blind Trust einzurichten, und der es zu einem »politischen Verbrechen und Vergehen« machen würde, gegen diese Anforderung zu verstoßen. Der Gesetzentwurf wurde im Ausschuss begraben – wie auch alle gegen Trump angestrebten Gerichtsverfahren, die sich auf die beiden »Emoluments Clauses« der Verfassung beriefen, während seiner Präsidentschaft im Sande verliefen.

Der Mueller-Report über die russische Wahleinmischung

Trumps Impeachment lag schon während des Wahlkampfs in der Luft, als die Parteizentrale der Demokraten im Juni 2016 publik machte, dass ihr Computersystem von russischen Hackern infiltriert worden war. Seitdem wurde spekuliert, ob Trumps Wahlkampfteam mit den Russen konspirierte, um Trumps Kontrahentin Hillary Clinton zu beschädigen. Das FBI eröffnete Ende Juli 2016 eine Untersuchung zu dieser Frage, nachdem gestohlene E-Mails von zwei russischen Fake-Webseiten, DCLeaks und Guccifer 2.0, sowie von WikiLeaks ins Netz gestellt worden waren. Zu dieser Zeit äußerte Kandidat Trump öffentlich seine Hoffnung, dass Russland »die 30.000 fehlenden E-Mails« aus Clintons Zeit als Außenministerin finden würde.²⁴

23 Eisen u.a 2016: 2.

24 Ashley Parker/David E. Sanger, »Donald Trump Calls on Russia to Find Hillary Clinton's Missing Emails«, *New York Times* vom 27. Juli 2017.

Am 7. Oktober schlugen zwei sogenannte Oktober-Überraschungen in kurzer Reihenfolge ein: zuerst die Publikation des Access-Hollywood-Videos, auf dem Trump zu hören ist, wie er sich der sexuellen Nötigung von Frauen rühmt; dann, nur eine halbe Stunde später, WikiLeaks' Veröffentlichung der vom russischen Geheimdienst gestohlenen E-Mails von Clintons Wahlkampfchef John Podesta. Das Timing der Veröffentlichungen könnte Trump den Wahlsieg beschert haben, weil die skandalisierten Inhalte der E-Mails Clinton irreparabel schädigten und gleichzeitig Trumps skandalöses persönliches Fehlverhalten in den Hintergrund drängten. Zwei Wochen vor seinem Amtsantritt informierten die US-Geheimdienste Trump über ihre Feststellung, dass Russland in die Wahl eingegriffen hatte, um ihm zu helfen – etwas, das der gewählte Präsident nicht gerne hörte. Drei Kongressausschüsse, die beiden Geheimdienstausschüsse und der Justizausschuss des Senats, begannen Untersuchungen zur russischen Wahleinmischung.²⁵

Von Januar 2017 bis zum Frühjahr 2019 stand Donald Trumps Reaktion auf die Ermittlungen des FBI und des Sonderberaters (»Special Counsel«) Robert Mueller zur russischen Wahleinmischung im Mittelpunkt der Impeachment-Debatte: Kam Trumps Verhalten einer Behinderung der Justiz gleich, dem ersten Artikel des Amtsenthebungsverfahrens gegen Richard Nixon und dem dritten im Impeachment Bill Clintons? Wie im zweiten Band des Mueller-Reports dargelegt, gab es mindestens zehn Fälle, in denen vermutet werden konnte, dass Präsident Trump ein solches politisches Vergehen begangen hatte.²⁶ Nicht alle obstruktiven Handlungen führte Trump in aller Öffentlichkeit aus, die meisten aber schon. Der ungeheuerlichste Machtmissbrauch, für alle sichtbar, war die Entlassung von FBI-Direktor James Comey am 9. Mai 2017. Nachdem Comey sich geweigert hatte, in seiner Anhörung vor dem Justizausschuss des Senats öffentlich zu bezeugen, dass gegen den Präsidenten nicht ermittelt werde, beschloss Trump, Comey zu feuern. Später gab er zu, dass der Grund für die Entlassung darin lag, dass er »wegen Russland unter großem Druck stand. Das hat sich gelegt.«²⁷

Comeys Entlassung erinnerte viele an das berüchtigte »Samstagnacht-Massaker« auf dem Höhepunkt der Watergate-Affäre, als Präsident Richard Nixon den gegen ihn ermittelnden Sonderanwalt Archibald Cox entließ. Für Laurence Tribe stellte die Entlassung Comeys sogar einen »weitaus ernsteren«²⁸ Obstruktionsversuch dar als Nixons Vertuschung des Watergate-Einbruchs. Obwohl die Entlassung des FBI-Direktors die Ermittlungen nicht

25 Mueller 2019, Bd. 1: 1–8.

26 Mueller 2019, Bd. 2: 24–158.

27 Ebenda: 62.

28 Laurence Tribe, »Trump Must Be Impeached. Here's Why«, *Washington Post* vom 13. Mai 2017.

beendete und die Ernennung von Sonderberater Mueller durch den stellvertretenden Justizminister Rod Rosenstein erst veranlasste, wurde damit versucht, die Untersuchung eines ausländischen Cyberangriffs auf kritische US-Infrastruktur zu behindern. Trump führte die Öffentlichkeit über seine Motive in die Irre, indem er Justizminister Jeff Sessions und Stellvertreter Rosenstein anwies, falsche Begründungen für Comeys Entlassung zu formulieren. Trump versuchte auch mehrmals, Comey zu korrumpieren, bevor er ihn schließlich feuerte, nachdem er den Eindruck gewonnen hatte, dass er ihn nicht kontrollieren konnte. Und er warnte Comey davor, die Öffentlichkeit über ihre privaten Gespräche zu informieren.

Es war keine Überraschung, dass nach der Entlassung Comeys die Diskussion um ein Amtsenthebungsverfahren im Kongress an Fahrt aufnahm. Die Demokratischen Senatoren Richard Blumenthal und Angus King zeigten sich einem Amtsenthebungsverfahren gegenüber ebenso aufgeschlossen wie die Abgeordneten Maxine Waters, Pramila Jayapal und Al Green. Auch der Republikanische Senator John McCain argumentierte, dass Trumps Skandale »Watergate-Größe und Ausmaß« erreicht hätten.²⁹ Zwei Republikanische Kongressabgeordnete, Justin Amash (trat später aus der Partei aus) und Carlos Curbelo, forderten ebenfalls ein Amtsenthebungsverfahren gegen Trump aufgrund von nachgewiesener Behinderung der Justiz. Am 8. Juni enthüllte Comey in einer Anhörung vor dem Geheimdienstausschuss des Senats, dass Trump, nachdem er den Nationalen Sicherheitsberater Michael Flynn wegen Lügen gegenüber dem FBI entlassen hatte, den FBI-Direktor unter vier Augen unter Druck gesetzt hatte, Flynn nicht strafrechtlich zu verfolgen. Der Präsident sagte laut Comey: »Ich hoffe, Sie können sich dazu durchringen, die Sache loszulassen, Flynn gehen zu lassen. Er ist ein guter Kerl. Ich hoffe, Sie können das durchgehen lassen«³⁰ – ein klarer Fall von Einmischung in ein laufendes Strafverfahren und somit eine Behinderung der Justiz.

Am selben Tag kündigten die Demokratischen Abgeordneten Green und Brad Sherman an, dass sie einen Amtsenthebungsantrag einbringen würden, der den Präsidenten der Behinderung der Justiz bezichtigte. Sie taten dies einen Monat später. Sowohl dieser als auch andere im 115. Repräsentantenhaus eingebrachte Amtsenthebungsanträge erhielten nie mehr als eine Minderheit der Stimmen unter den Demokraten. Das Team um Oppositionsführerin Nancy Pelosi lehnte aus strategischen Gründen zu frühe Impeachment-Anträge ab, die in einem von den Republikanern kontrollierten Kongress zum Scheitern verurteilt waren.

29 Brooke Seipel, »McCain: Trump Scandals Reaching ›Watergate Size and Scale‹, *The Hill* vom 17. Mai 2017.

30 Mueller 2019, Bd. 2: 40.

Noch im Jahre 2017 veröffentlichte der Verfassungsrechtler Cass Sunstein eine »Bürger-Anleitung zum Impeachment«, in der er vor allem dafür plädierte, dass ein Impeachment kein politischer, sondern ein rechtlicher Akt sei.³¹ Die Gründe für ein Impeachment seien in der US-Verfassung zu finden; das Repräsentantenhaus dürfe einen Präsidenten nicht anklagen, wann immer es dies für richtig halte. Sunstein argumentierte weiter, dass es sich bei den »politischen Verbrechen und Vergehen« um Machtmissbrauch handle, einschließlich der Vernachlässigung von Pflichten, die nicht gegen das Gesetz verstoßen müssen (aber können). In seinem Buch bezog er keine explizite Position, ob Trump angeklagt werden sollte, aber in seinen öffentlichen Interventionen argumentierte er, dass »wenn man einen systematischen Lügner hat, der die ganze Zeit lügt, dann sind wir im Bereich des Vergehens, also der schlechten Handlung.«³² Nachdem Trumps Wahlkampfhelder und außenpolitischer Berater George Papadopoulos sich im Oktober 2017 der Lüge gegenüber dem FBI schuldig bekannt hatte, argumentierte Sunstein, dass die Suche nach »Schmutz« über einen politischen Gegner bei ausländischen Mächten ein verräterisches Verhalten sei und ein anklagbares Vergehen darstellen würde, wenn es mit dem Präsidenten abgestimmt wäre.³³

Nachdem die Demokraten bei den Zwischenwahlen 2018 das Repräsentantenhaus zurückgewannen,³⁴ erreichte die Impeachment-Debatte ein neues Energielevel. Tom Steyer, der einflussreiche Milliardär und liberale Umweltaktivist aus San Francisco, der 2017 zu den ersten gehörte, die ein Amtsenthebung Trumps forderten, verstärkte seinen Druck auf die Führung der Demokraten im Repräsentantenhaus und auf linksliberale Abgeordnete. Auch die neuen progressiven Mitglieder des Kongresses aus dem von der Presse sogenannten »Kader« – allen voran Alexandria Ocasio-Cortez, Ilhan Omar und Rashida Tlaib – wollten Trump lieber früher als später anklagen. Zunächst wurden sie aber von Sprecherin Nancy Pelosi im Zaum gehalten. Sie nahm Rücksicht auf die etwa 30 bis 50 moderaten Mitglieder ihrer Fraktion, die in den hart umkämpften »Swing Districts« saßen und für die das Impeachment-Thema ein heißes Eisen daheim im Wahlkreis war.

Sonderberater Mueller übergab seinen 448-seitigen Bericht über die Untersuchung der russischen Einmischung in die Präsidentschaftswahl 2016 am 22. März 2019 an Trumps neuen Justizminister William Barr. Dieser ließ

31 Sunstein 2017a.

32 Zit. bei David A. Graham, »Who Would the Founders Impeach?«, *The Atlantic* vom 29. Juni 2017.

33 Cass Sunstein, »Seeking »Dirt« from Foreign Powers Is an Impeachable Offense«, *Time* vom 31. Oktober 2017.

34 Horst 2019b: 34–62.

sich vier Wochen Zeit, um die sensiblen Stellen im Bericht zu schwärzen. Die Verzögerung brachte die Demokraten im Repräsentantenhaus in eine schwierige Position, weil die Öffentlichkeit in dieser Zeit nur Barrs Schlussfolgerung zur Verfügung hatte, wonach Sonderberater Mueller keine »Kollusion« zwischen den Russen und der Trump-Kampagne gefunden habe. Das mag in rechtlicher Bewertung so gewesen sein – trotz der russischen Wahleinmischung, die Trump eindeutig begünstigte, trotz der Erwartung der Russen und Trumps, dass sie jeweils von der Einmischung profitieren würden, trotz der häufigen Treffen zwischen russischen Agenten und Trump-Wahlkampf Helfern, trotz der illegalen Vertuschungsaktivitäten von Mitgliedern der Trump-Kampagne und trotz Trumps öffentlichen Aufrufen, Clintons E-Mails zu hacken. Laut Mueller reichten die Beweise nicht aus, um nachzuweisen, dass Mitglieder der Trump-Kampagne gegen das amerikanische Konspirationsgesetz verstoßen haben.³⁵ Aber selbst mit dieser Feststellung gibt es im ersten Band des Berichts reichlich Material, das weitere Untersuchungen des Kongresses verlangt – insbesondere in Bezug auf ein Treffen vom 9. Juni 2016 im Trump Tower und die Rolle von Donald Trump junior und senior dabei.³⁶

In Bezug auf den zweiten Band und die Obstruktionsvorwürfe erklärte Justizminister William Barr in seinem Brief vom 24. März 2019 an die Vorsitzenden des Justizausschusses von Repräsentantenhaus und Senat, der Sonderberater habe keine ausreichenden Beweise gefunden, »um festzustellen, dass der Präsident ein Obstruktionsdelikt begangen hat.«³⁷ Aber diese Feststellung von Barr und seinem Stellvertreter Rosenstein stellte Muellers Ergebnisse verkürzt, wenn nicht gar falsch dar. Mueller hat von Anfang an deutlich gemacht, dass er keine staatsanwaltliche Entscheidung über die Einleitung eines Strafverfahrens fällen werde, da die Richtlinien des Justizministeriums ein Strafverfahren gegen einen amtierenden Präsidenten nicht erlauben. Mueller beschränkte die Untersuchung ausdrücklich auf eine Tatsachenermittlung, um die Beweise für andere potenzielle Strafverfolgungen oder für Strafverfahren gegen den Präsidenten nach dessen Ausscheiden aus dem Amt zu sichern.³⁸ Seine Gesamtschlussfolgerung war das Gegenteil einer Entlastung:

»Hätten wir nach einer gründlichen Untersuchung der Fakten das Vertrauen, dass der Präsident eindeutig keine Behinderung der Justiz begangen hat, würden wir das

35 Mueller 2019, Bd. 1, S. 2.

36 Mueller 2019, Bd. 1, S. 110–123.

37 »Read Attorney General William Barr's Summary of the Mueller Report«, *New York Times* vom 24. Mai 2019, S. 3.

38 Mueller 2019, Bd. 2: 1.

so feststellen. Auf der Grundlage der Fakten und der geltenden rechtlichen Standards sind wir jedoch nicht in der Lage, dieses Urteil zu fällen. Die Beweise, die wir über die Handlungen und Absichten des Präsidenten erhalten haben, werfen schwierige Fragen auf, die uns daran hindern, abschließend festzustellen, dass kein kriminelles Verhalten vorlag. Dementsprechend kommt dieser Bericht zwar nicht zu dem Schluss, dass der Präsident ein Verbrechen begangen hat, er entlastet ihn aber auch nicht.«³⁹

Dieser zweideutige Befund war weit entfernt von einer »totalen Entlastung«, wie Präsident Trump immer wieder behauptete. Sicherlich war es auch kein »geschlossener Fall«, wie der Republikanische Mehrheitsführer im Senat Mitch McConnell verkündete.⁴⁰ Ganz im Gegenteil: Es war eine Aufforderung an den Kongress, weiter zu ermitteln. Dies war auch genau das, was er tat. Allein das Repräsentantenhaus hatte im Sommer 2019 zehn Untersuchungen zu Trumps Geschäften und seinem Verhalten als Präsident eingeleitet, an denen sechs Ausschüsse beteiligt waren. Der Republikanisch geführte Geheimdienstauschuss des Senats führte eine eigenständige Untersuchung zur russischen Einmischung in die Wahl 2016 durch. Außerdem gab es zehn strafrechtliche Ermittlungen auf Ebene des Bundes und acht auf einzelstaatlicher oder lokaler Ebene, die sich auf Trump bezogen.⁴¹ Das Problem mit den Untersuchungen des Kongresses war, dass Trump sie alle blockierte. Der ehemalige Berater des Weißen Hauses Don McGahn, der ehemalige Nationale Sicherheitsberater Michael Flynn, Donald Trump Jr., Finanzminister Steven Mnuchin und Justizminister William Barr lehnten konsequent alle Vorladungen des Kongresses ab. Das Ergebnis war, dass den Ermittlern im Kongress nur der Gang vor die Gerichte blieb, wo Trump auf seine bekannten Verzögerungstaktiken setzte.

Trumps ungerechtfertigte Blockade der Untersuchungen des Kongresses stellte an sich schon einen Machtmissbrauch und einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung dar.⁴² Sie fügte dem »Machtmissbrauch« und der »Verhinderung der Justiz« noch die »Missachtung des Kongresses« hinzu. Aus inhaltlicher Sicht war das Impeachment des 45. Präsidenten bereits im Mai 2019 unabdingbar, wie auch 720 ehemaligen Bundesstaatsanwälte

39 Mueller 2019, Bd. 2: 2.

40 *Congressional Record*, 7. Mai 2019, S. S2658.

41 Larry Buchanan/Karen Yourish, »Tracking 29 Investigations Related to Trump«, *New York Times* vom 13. Mai 2019.

42 Horst 2019a: 23–26.

schlussfolgerten, nachdem sie den Mueller-Bericht gelesen hatten.⁴³ Angesichts der ständigen Demütigungen durch Trump, seiner Verachtung und Obstruktion demokratischer Institutionen, seiner systematischen Lügen und der Desinformationskampagnen aus dem Weißen Haus war das Impeachment für die Demokraten zu einer Frage der Selbstachtung geworden.

Die Ukraine-Affäre und das Impeachment

Während es in der Mueller-Untersuchung um die Frage ging, ob Trump sich das Präsidentenamt mit illegitimen Methoden erobert hatte, handelte die Ukraine-Affäre davon, ob er für seine Wiederwahlkampagne 2020, nun aus dem Präsidentenamt heraus, ähnliche Mittel erneut einsetzte. In beiden Fällen ging es um die Korruptionierung des Wahlprozesses und die Unterminierung der US-Demokratie durch die indirekte (Russland) oder direkte (Ukraine) Einladung an eine fremde Regierung, sich einzumischen. Die Ukraine-Affäre wurde nach der Sommerpause Anfang September 2019 publik, nachdem ein Whistleblower dem Generalinspekteur der Nachrichtendienste von einem Telefonat Trumps mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj berichtet hatte. In dem Telefonat vom 25. Juli habe der US-Präsident Selenskyj unter Druck gesetzt, Ermittlungen gegen Joe Biden, den Vizepräsidenten Obamas und potenziell gefährlichsten Gegner im Präsidentschaftswahlkampf 2020, einzuleiten. Außerdem habe Trump Selenskyj aufgefordert, einer alten, bereits widerlegten Verschwörungstheorie nachzugehen, wonach die Ukraine – und nicht Russland – hinter der Einmischung in den US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 stecke. Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, habe Trump die vom Kongress bewilligte Militärhilfe für die Ukraine gestoppt und Selenskyj einen Besuch im Weißen Haus verweigert.

Nachdem im Laufe des Septembers immer weitere Details einer von Trumps Berater Rudy Giuliani verfolgten »Schatten-Außenpolitik« gegenüber der Ukraine ans Tageslicht gekommen waren⁴⁴ und Trump eine Weiterleitung der Whistleblower-Beschwerde an den Kongress blockiert hatte, kamen auch die letzten moderaten Fraktionsmitglieder der Demokraten zu

43 Matt Zapotosky, »Who signed the letter asserting Trump would have been charged with obstruction if he weren't president, and what they hope happens next«, *Washington Post* vom 7. Mai 2019.

44 Kenneth P. Vogel u. a., »How a Shadow Foreign Policy in Ukraine Prompted an Impeachment Inquiry«, *New York Times* vom 28. September 2019.

dem Schluss, dass sie einem Impeachment des Präsidenten nicht mehr ausweichen konnten. Daraufhin leitete die Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi am 24. September 2019 die Impeachment-Untersuchung offiziell ein. Sie war zuversichtlich, dass das Telefonat Trumps mit Selenskyj den Beweis darstellte, mit dem Trumps Machtmissbrauch und Verfassungsverstoß für alle offen zutage lag. Trump sah sich daraufhin gezwungen, ein Transkript des Telefonats zu veröffentlichen und stimmte auch der Veröffentlichung der Whistleblower-Beschwerde durch den Kongress zu.⁴⁵

Im Oktober und November übernahm der Geheimdienstausschuss unter Vorsitz des Demokraten Adam Schiff zunächst die nicht-öffentliche, dann auch die öffentliche Befragung der Zeugen.⁴⁶ Alle Zeugen, die der Vorladung des Kongresses folgten, bestätigten die Darstellung des Whistleblowers. Auch hier gelang es Trump jedoch, nicht nur seine persönlichen Berater, sondern auch wichtige Minister, die nicht nur ihm, sondern auch dem Kongress verantwortlich sind, auf seine Blockadepolitik zu verpflichten. Vizepräsident Mike Pence, Außenminister Mike Pompeo, Verteidigungsminister Mark Esper, Energieminister Rick Perry und der frühere Nationale Sicherheitsberater John Bolton lehnten auf Anordnung des Präsidenten die Auskunft ab. Diese totale Kooperationsverweigerung gegenüber dem Kongress unter Verweis auf ein vermeintlich absolutes Privileg der Exekutive, Auskunft und Zeugnis zu verweigern, war präzedenzlos in der US-Geschichte.⁴⁷ Präzedenzlos war auch die Wut, die der Präsident vor aller Twitter-Öffentlichkeit gegen diejenigen Regierungsbediensteten richtete, die es wagten, sich dem von ihm verhängten Kooperationsverbot mit dem Kongress zu entziehen und auszusagen: allen voran die ehemalige Ukraine-Botschafterin Marie Yovanovitch, ihr Nachfolger Gordon Sondland und Oberstleutnant Alexander Vindman.

Am 17. Oktober sorgte Mick Mulvaney, der kommissarische Stabschef im Weißen Haus, für eine Überraschung, als er auf einer Pressekonferenz die Existenz eines Quid pro quo zwischen der Freigabe der Militärhilfe und der Zusicherung einer Untersuchung, ob die Ukraine hinter der Einmischung in den Wahlkampf 2016 gesteckt habe, bestätigte.⁴⁸ Auch wenn er seine Äußerung noch am selben Tag dementierte, waren damit seine Tage als Stabschef im Weißen Haus gezählt. Nachdem das Impeachment-Verfahren vorüber war, entließ ihn Trump. Dasselbe Schicksal ereilte Botschafter

45 House Permanent Select Committee on Intelligence (HPSCI), »Whistleblower Complaint«, 12. August 2019.

46 HPSCI, »Defend Our Democracy«, 2019.

47 Fisher 2004.

48 Michael D. Shear/Katie Rogers, »Mulvaney Says, Then Denies, That Trump Held Back Ukraine Aid as Quid Pro Quo«, *New York Times* vom 17. Oktober 2019.

Gordon Sondland, Oberstleutnant Alexander Vindman und den Generalinspekteur der Nachrichtendienste Michael Atkinson.

Der Geheimdienstausschuss veröffentlichte seinen abschließenden Bericht am 3. Dezember 2019. Er stellte fest, dass Präsident Trump »die Einmischung einer ausländischen Regierung, Ukraine, erbat, um seiner Wiederwahl zu nützen.« Mit seinem Vorgehen stellte er »seine eigenen persönlichen und politischen Interessen über die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten, suchte die Integrität des US-Präsidentschaftswahlprozesses zu unterminieren und gefährdete die nationale Sicherheit der USA.«⁴⁹

Anfang Dezember setzte der Justizausschuss des Repräsentantenhauses zwei Impeachment-Artikel – Machtmissbrauch und Behinderung des Kongresses – auf und verabschiedete sie mit seiner Demokratischen Mehrheit. Eine Woche vor Weihnachten nahm das Plenum die Impeachment-Artikel mit fast allen Stimmen der Demokraten und des Unabhängigen Justin Amash gegen die geschlossene Opposition der Republikaner an. Der Prozess im Senat nahm insgesamt nicht mehr als drei Wochen in Anspruch und sein Ergebnis stand fest, bevor er begann. Am 5. Februar sprach der Senat den Präsidenten mit seiner Republikanischen Mehrheit in beiden Anklagepunkten frei. Als einziger Republikaner befand Mitt Romney Trump des Machtmissbrauchs für schuldig. Auch wenn alle 47 Demokraten für die Entfernung Trumps aus dem Präsidentenamt stimmten, fehlten ihnen 19 Stimmen zur notwendigen Zweidrittelmehrheit. Den Demokraten gelang es nicht, Trumps Amtsenthebung zu einem überparteilichen Anliegen des US-amerikanischen Volkes zu machen. Die Republikaner im Kongress stellten sich geschlossen hinter ihren Präsidenten.

5. September 2019	Die Washington Post berichtet über eine Whistleblower-Beschwerde, die im August beim Generalinspekteur der Nachrichtendienste eingegangen ist.
11. September	Die Militärhilfe an die Ukraine wird freigegeben.
24. September	Speaker Nancy Pelosi leitet das Impeachment-Verfahren im Repräsentantenhaus ein.
25. September	Das Weiße Haus veröffentlicht das Transkript des Telefonats vom 25. Juli zwischen Trump und Selenskyj.
3. Oktober bis 16. November	Der Geheimdienstausschuss lädt Zeugen vor und vernimmt sie unter Ausschluss der Öffentlichkeit an Eides statt.
17. Oktober	Mick Mulvaney, der kommissarische Stabschef im Weißen Haus, bestätigt die Existenz eines Quid pro quo.
13. bis 21. November	Der Geheimdienstausschuss führt öffentliche Anhörungen durch. Alle Zeugen bestätigen den Whistleblower-Bericht.

49 *HPSCI*, »The Trump-Ukraine Impeachment Inquiry Report«, Dezember 2019, S. 8-9.

3. Dezember	Der abschließende Bericht des Geheimdienstausschusses wird veröffentlicht.
4. Dezember	Der Justizausschuss führt öffentliche Expertenanhörungen durch.
10. bis 13. Dezember	Der Justizausschuss verabschiedet zwei Impeachment-Artikel: I. Machtmissbrauch, II. Obstruktion des Kongresses.
18. Dezember	Das Repräsentantenhaus verabschiedet die beiden Impeachment-Artikel gegen die geschlossene Opposition der Republikaner.
16. Januar 2020	Der Senat nimmt unter Vorsitz von Chief Justice John Roberts sein Tribunal auf.
22. bis 24. Januar	Die Manager des Repräsentantenhauses begründen ihre Anklage vor der Jury der Senatoren.
25. bis 28. Januar	Die Anwälte des Präsidenten präsentieren ihre Verteidigung.
29. bis 30. Januar	Die Senatoren stellen ihre Fragen an die Vertreter der Anklage und des Präsidenten.
31. Januar	Der Senat stimmt gegen die Vorladung von Zeugen.
3. bis 5. Februar	Anklage und Verteidigung geben ihre Abschlusserklärung ab, bevor die Senatoren ihr Votum erläutern.
5. Februar	Der Senat spricht Präsident Trump in beiden Anklagepunkten frei.

Der historische Maßstab: Die Watergate-Affäre

Vor Trump kam es in der US-amerikanischen Geschichte bisher zu drei Impeachment-Verfahren, die ihren Namen verdienen: gegen Andrew Johnson im Jahre 1868, gegen Richard Nixon 1974 und gegen Bill Clinton in den Jahren 1998/99.⁵⁰ Ebenso wie Trump wurden auch Johnson und Clinton freigesprochen, aber mit überzeugenderen Gründen. Nixon ist bisher der einzige Präsident, der einer Impeachment-Untersuchung zum Opfer fiel – jedoch ohne vom Repräsentantenhaus angeklagt und vom Senat verurteilt zu werden. Nixon kam seiner sicheren Amtsenthebung zuvor, indem er zurücktrat, nachdem ihm seine Parteifreunde deutlich gemacht hatten, dass sie ihn nicht länger stützen würden.

Die schwächsten Argumente für eine Amtsenthebung hatten die Republikaner im Falle Clintons. Angeklagt wurde Clinton nicht, weil er schwerwiegende Verfassungsverstöße begangen hatte, sondern weil er aus Sicht kon-

⁵⁰ Zu einem ausführlichen Vergleich der vier Fälle Horst 2020b: 68–97; Engel u. a. 2018.